

1. EINLEITUNG

1.1 Problemstellung

Zahlreiche politische Entwicklungen innerhalb der EU-Staaten sind auf nationaler Ebene kaum noch steuerbar. Daher sehen sich die nationalen Regierungen zunehmend zu gemeinsamen Aktionen in umfangreichen Politikfeldern veranlaßt. Problemlösungen werden von einer verbesserten innereuropäischen Koordination oder Kooperation erhofft. Dieses Vorgehen verleiht der supranationalen Gemeinschaftspolitik mehr Gewicht, während die nationale Ebene an Bedeutung verlieren sollte, was jedoch defacto nicht geschieht. Dennoch stellt sich die konzeptionelle Frage nach dem künftigen Machtverhältnis von Nationalstaat und Europäischer Union.

Da sich die politische Landschaft Westeuropas immer großräumiger entwickelt, verliert sie an Überschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit. Andererseits sind die EU-Staaten als rechtsstaatliche Demokratien konstituiert. Dies hat zweierlei zur Folge: 1. Alle einzuleitenden Maßnahmen auf Regierungs- und Institutionenebene unterliegen dem Legitimitätsanspruch. 2. Alle auf Europaebene getroffenen Entscheidungen bedürfen der Solidarität aller Unionsbürger, da alle, mit unterschiedlicher Gewichtung bzw. Belastung, die Konsequenzen dieser supranationalen Entscheidungen zu tragen haben. Das Ziel einer europäischen Integration kann also nicht nur die Annäherung sein zwischen den nationalen und supranationalen Institutionen oder Regierungsvertretern zum Zweck der Effizienzsteigerung. Die Integration einer demokratisch verfaßten Europäischen Union verlangt auch die Integration seiner Bürger in das gemeinsame Vorhaben Europäische Union. Diese Überlegungen führen zu der Frage, wie weit die Solidaritätsbereitschaft des Unionsbürgers reicht und inwieweit die nationalen Interessen noch differieren – ob es also letztlich zu einem Spannungsverhältnis von nationaler und europäischer Identität gekommen ist, das zu einer Destabilisierung der europäischen Gesellschaften führen könnte. Beide Kernfragen – (erstens) wie weit kann eine demokratisch legitimierte Machtaufteilung zwischen supranationalen und nationalen Entscheidungsträgern überhaupt gehen und (zweitens) in welchem Maße ist eine Teilung bzw. Ergänzung von nationaler und europäischer Identität denkbar – blieben bislang unbeantwortet.

Bis heute standen bei allen Integrationsüberlegungen, die seit der ersten europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (OEEC) in den fünfziger Jahren angestellt wurden, der europaweite ökonomische Aufschwung mit seinen zunehmenden Interdependenzen im

Vordergrund, weshalb zumeist nationenübergreifende Regulierungskonzepte zum Zweck einer organisatorischen Effizienzsteigerung präferiert wurden. Der Identitätsschwerpunkt verblieb unverändert bei den regionalen oder nationalen Ebenen, eine verbesserte Legitimierung der Europaebene – so war die unausgesprochene Annahme – würde sich mit der Zeit von selbst entwickeln. Auf diesem Wege würde die Gemeinschaftsleistung optimiert, die Teilungsbereitschaft der Länder würde sich, angesichts des sich angleichenden Wohlstandsniveaus, auf längere Sicht erübrigen und die Europäische Union wäre damit als anerkannter Leistungsträger ebenso legitimiert, wie es (ehemals?) die Nationen waren.

Wie weit sich diese Annahmen von der Realität entfernt haben und sich - ohne gezielte Maßnahmen - auch in Zukunft davon entfernen dürften, soll der vorliegenden Arbeit entnommen werden. Sie widmet sich ausführlich der Frage, welche gesellschaftlichen Leitbilder sich als identitäts- und damit integrationsförderlich erweisen dürften und welche Leitbilder nur auf den ersten Blick geeignet erscheinen, eine solidarisch handelnde europäische Zivilgesellschaft entstehen zu lassen. Die am Schluß aufgezeigte Vision Europa wird schweizerische Elemente aufweisen.

1.2 Vorgehensweise

Der Integrationserfolg basiert in einer demokratisch verfaßten EU auf einem kollektiven Bewußtsein - einer europäischen Identität. Daher gilt es, im Vorfeld der Auseinandersetzungen den Identitätsbegriff zu definieren, nicht zuletzt deshalb, weil der zentrale Begriff dieser Arbeit keine konkrete Größe darstellt und sich durch seine Multidimensionalität auszeichnet. Aus der Eingrenzung des Identitätsbegriffs wird ersichtlich werden, daß die Verfasserin Identität als systemische Größe begreift.

Einer Arbeitsdefinition des allgemeinen (1.3.1) und spezifisch europäischen Identitätsbegriffs (1.3.2) schließt sich die Frage an, welchen Stellenwert die Identitätsproblematik in den themenrelevanten politikwissenschaftlichen Integrationstheorien bislang einnahm (Kapitel 2). Zu diesem Zweck werden die fünf meistdiskutierten Theorien analysiert, der Föderalismus, Funktionalismus, Neofunktionalismus, Intergovernmentalismus und der Kommunikationsansatz. Deren Erkenntnisse stellen die theoretische Grundlage dar für den bisherigen Verlauf des europäischen Integrationsprozesses.

Das Kapitel 3 - der empirische Abschnitt - soll Aufschluß geben über den bereits erreichten Bewußtseinsstand der Unionsbürger. Dazu werden nationale Prägungen und Wertprioritäten bezüglich seiner themenrelevanten Besonderheiten und Entwicklungstrends hin untersucht. Als Beispielländer für national geprägte Ausgangsidentitäten wurden

Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und die integrationsunwillige Schweiz herangezogen. Die Länderauswahl erfolgte nach seiner Beispielhaftigkeit und seiner Prägekraft für die Unionsentwicklung. Dabei wird von historisch begründeten und sich dynamisch entwickelnden nationalen Identitäten ausgegangen, deren Prägungen sich auch auf den europäischen Integrationsprozeß auswirken. Die sich daran anschließende Diskussion vorherrschender Wertvorstellungen wird dahingehend überprüft, inwieweit von Wertprioritäten europäischer Prägung zu sprechen ist, wie häufig und mit welchen Trends sich diese Wertvorstellungen veränderten, welche Entwicklungsparallelen sich unionsweit abzeichnen und welche positiven bzw. negativen Folgen sich für den Integrationsprozeß daraus ergeben können.

Dieser Arbeit liegt ein konstruktives Verständnis von Bewußtseinsbildung zugrunde. Es wird daher nicht nur analysiert, sondern im Anschluß daran aufgezeichnet, auf welcher Basis - unter Miteinbeziehung der empirisch gesammelten Daten - sich eine gemeinsame europäische Identität mit integrationspolitisch erwünschten Vorzeichen herausbilden könnte.

Das Kapitel 4 befaßt sich daher mit den Leitbildern eines Integrationsprozesses. Dabei werden aus themenrelevanter Sicht die Gegenargumente zu den bislang bevorzugten Leitbildern ökonomischer, funktioneller oder kulturhistorischer Prägung überwiegen, während eine integrationspolitische Kurskorrektur in Richtung Politisierung des Europas in einer politischen Kultur ratsam erscheint.

Die Kernthese dieser Arbeit lautet daher: Europas Zukunft liegt in einer gemeinsamen „politischen Kultur“, deren Bürger sich mittel- bis langfristig in einer europäischen Kommunikations-, Lern-, Erlebnis-, Konsens- und Verantwortungsgemeinschaft zusammenfinden und gemeinsam eine „europäische Identität“ politischer Prägung **in Ergänzung** zur nationalen Identität soziokultureller Prägung durch den verstärkten Einsatz plebiszitärer Elemente entwickeln.